

Bs

VI,9

Dr. Kurt Schumacher

**Deutschlands Forderung:**

**Gleiches Risiko,  
gleiches Opfer,  
gleiche Chancen!**

Herausgegeben vom Vorstand der SPD, Hannover, Odeonstraße 15.16

26984

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West	3
Das Volk fordert Gleichberechtigung!	3
Regierung und Opposition zusammen sind der Staat!	4
Die unsoziale Wirtschaftspolitik der Bundesregierung!	4
„Freie“ Wirtschaft — Freiheit für Großverdiener!	5
Trotz Konjunktur — zwei Millionen Arbeitslose!	6
Hohe Preise — niedrige Löhne!	7
Die Bundesregierung der Reichen!	8
Die Bundesregierung verletzt das Bonner Grundgesetz	8
Die Kohlennot — Schuld der Bundesregierung!	9
Das Volk braucht nationales Selbstbewußtsein!	9
Das Saarvolk ist deutsch!	10
Das Versagen der Bundesregierung in der Saarfrage	10
Die Großverdiener — „gute“ Europäer!	11
Europäische Zusammenarbeit gleichberechtigter Nationen	11
Das Versagen der Bundesregierung in Straßburg!	13
Die SPD und der Schuman-Plan	13
Der Schuman-Plan und das Ruhrgebiet	14
Arbeitslosigkeit durch den Schuman-Plan!	15
Das Nein der SPD zum Schuman-Plan!	15
Das Volk muß unterrichtet werden!	15
Gleiches Opfer, gleiches Risiko, gleiche Chancen!	16
Für die Erhaltung des Friedens kämpfen!	16
Erste Voraussetzung: Nationalpolitische Gleichberechtigung!	17
Deutschland verlangt Tatsachen — und keine Versprechungen!	18
Die SPD — Vorkämpferin für die deutsche Einheit in Freiheit!	19
Ost-CDU und Ost-FDP — Helfer der Sowjets!	20
Der Einheitsrummel der Sowjets!	20
Der Standpunkt der SPD zur deutschen Einheit	22
Deutsche Einheit — nur in Freiheit!	22

# Deutschlands Forderung:

**Gleiches Risiko, gleiches Opfer,  
gleiche Chancen!**

**Freunde und Gegner!**

## **Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West.**

Lassen wir einmal die großen Probleme, um die es heute geht, vor unserem geistigen Auge Revue passieren. Wenn wir unser Land und unser Volk begreifen als hineingestellt in einen der empfindlichsten Brennpunkte der großen Auseinandersetzung, die man heute etwas oberflächlich, aber im letzten Ende treffend die Auseinandersetzung zwischen Ost und West nennt, ja, dann müssen wir uns von vornherein vor der Illusion hüten, als ob die Deutschen unter Bruch ihrer geistigen, kulturellen und moralischen Herkunft ein Wahlrecht hätten und es von ihnen abhinge, wofür sie sich entscheiden können.

Nein, das deutsche Volk gehört zu dem demokratischen Lebensstil des Westens. Den Mut zu diesem Bekenntnis müssen wir haben, aber wenn wir den Mut zu diesem Bekenntnis haben, dann müssen wir auch den ergänzenden Teil dieses Mutes aufweisen, um zu sagen: unsere Zugehörigkeit zum Westen bedeutet nicht die Unterwerfung unter die Wünsche einzelner westlicher Nationalstaaten.

## **Das Volk fordert Gleichberechtigung!**

Europa, ein starkes Europa, das moralisch und politisch und ökonomisch funktionsfähig ist als ein Faktor der Auseinandersetzung, ist nur möglich auf der

Grundlage der Gleichberechtigung. Es ist der Wille des Volkes, diese Gleichberechtigung umgekehrt von einer ganzen Welt zu fordern, abhängig von einer sozialen Fundierung der einzelnen menschlichen Existenz; das heißt: jede Wirtschaftsform ist abhängig von ihren sozialen Fundamenten, und am allermeisten abhängig ist die Demokratie von der wahren sozialen Gerechtigkeit. Erst wenn die ärmste, alte Flüchtlingsfrau und der unglückliche und sich am tiefsten verstoßen fühlende Kriegsinvalide das Gefühl haben, daß ihr menschliches und persönliches Anliegen die gleiche Wertung vor den Regierungen findet, wie das Anliegen eines großen Kapitalisten und Fabrikbesitzers, erst dann ist die Demokratie in ihren letzten Konsequenzen krisenfest.

### **Regierung und Opposition zusammen sind der Staat!**

Wenn wir nun die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition erleben, dann heißt das doch nicht „da steht nun der böse Feind, und wir sind eben-anderer Ansicht, und jetzt wird der böse Feind attackiert“, sondern unserer Meinung nach ist nicht die Regierung der Staat und nicht die Opposition der Staat, sondern Regierung und Opposition zusammen sind der Staat. Es ist die Aufgabe, die Demokratie und damit die Kräftequellen des Staates zum Leben und Funktionieren zu bringen, wenn man den Eindruck hat, daß die Regierenden diese Kraftquellen nicht sprudeln lassen, sondern ertränken.

### **Die unsoziale Wirtschaftspolitik der Bundesregierung!**

Diese soziale Fundamentierung der Demokratie nun ist seit den anderthalb Jahren deutscher Bundesrepublik nicht verstärkt, sondern durch die Politik der Bundesrepublik — mit Bedauern sage ich es — Geschichte geworden. Es war die unheilvolle Frankfurter Wirtschaftspolitik, die Politik der Mehrheit des Wirtschaftsrates in Frankfurt, die jetzt in Bonn von der Bundesregierung fortgesetzt worden ist. Da war die Meinung, daß es darauf ankomme, ohne Rücksicht auf die volkswirtschaftliche Notwendigkeit die persönliche Bereicherung bestimmter Schichten vorzunehmen, und wir haben dadurch einen Zustand erreicht, wo mindestens beträchtliche Teile des Volkes sich sozial so entwickelt haben, daß die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden sind.

Ich bin, rein wissenschaftlich gesehen, ein Gegner des Wirtschaftsliberalismus, wie er heute, geistesgeschichtlich für das Weltganze betrachtet, etwas verspätet

auch auf deutschen Universitäten gelehrt wird. Es ist diese Auffassung interessant, daß der moderne kapitalistische Wirtschaftsapparat in Anlage, Produktion und Verteilung einfach durch gradlinigen liberalen Dogmatismus gehandhabt und entwickelt werden könnte. Diese Auffassung scheint mir doch aus den Gräbern der Vergangenheit mühsam herausgepuhlt zu sein. Wenn ich sehe, daß der moderne Hochkapitalismus in den entwickelten Ländern der Wirtschaft und der Politik doch auch auf Planung nicht verzichtet, genau so wenig wie die sozialistischen Länder: die USA oder die Schweiz, wie Schweden oder Großbritannien auf gewisse Planungsbestimmungen verzichten, dann muß ich die Frage stellen: Wo plant man? Man plant auf den höchsten Kommandohöhen der Wirtschaft, das heißt, man verteilt Kapital und Kredite nach dem Grad der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit.

Das haben die USA, das reichste Land der Welt, getan, und das zu akzeptieren weigert sich die Bundesrepublik, die immer von sich behauptet, das ärmste Land der Welt zu sein. Die Ärmsten wollen sich volkswirtschaftlich einen Luxus gestatten, den die Reichen sich nicht erlauben, weil sie Angst haben, sonst ihre Produktionsmaschine und ihre Volkswirtschaft in Unordnung zu bringen.

Wenn ich die praktische Anwendung des amerikanischen Höchstkapitalismus, der gar keine demokratischen Bedenken kennt, einmal betrachte mit der Politik, der Wirtschafts- und Finanzpolitik in unserem Lande hier, dann muß ich sagen: der amerikanische Hochkapitalismus, nun, das ist eben der moderne Welt-hochkapitalismus von 1950; aber was hier in der Bundesrepublik passiert, das ist der kapitalistische Naturschutzpark von 1850.

Wir sollten die sozialistische These doch frei machen von dem populären Krämervorwurf, die Sozialisten wollten die Zwangswirtschaft. Die Zwangswirtschaft hat es in Deutschland zweimal gegeben, und zwar während der beiden Weltkriege, und selbst einem deutschen Minister sollte bekannt sein, daß während dieser beiden Weltkriege die deutsche Sozialdemokratie nicht in der Regierung gewesen ist. Diese heutige freie Wirtschaft, die in Wirklichkeit nur die Freiheit des Verdienens ist, und die durchaus bereit wäre, Fesseln anzulegen etwa für Lohnbewegungen oder Rohstoffpreise, diese freie Wirtschaft wird doch heute proklamiert von den Nutznießern zweier Formen der Kriegszwangswirtschaft.

## **„Freie“ Wirtschaft — Freiheit für Großverdiener!**

Man darf versichert sein, diese Leute sind auch bereit, heute mit Mitteln der Zwangswirtschaft zu operieren, um die Freiheit des Verdienens zu erhalten.

Die volkswirtschaftlich Verantwortlichen planen an den obersten Stellen der Wirtschaft herum. Kürzlich haben wir ein Gesetz über die Rohstoffbewirtschaftung im deutschen Bundesrat erlebt. Wenn der Bundeswirtschaftsminister erklärt, diese Bewirtschaftung industrieller Rohstoffe habe gar nichts zu tun mit der Freiheit der Wirtschaft, man treffe die Bewirtschaftungsmaßnahmen eben deswegen, um die Freiheit der Wirtschaft zu erhalten, dann kommt er mir vor wie einer, der mir erklärt: um Christ bleiben zu dürfen, werde ich erst Mohammedaner.

Wir haben diese Tragödie auf dem Lohn- und Rentengebiet gesehen, und wir sehen ja die Tragödie auch auf dem Gebiet etwa der Kohle. Deutschland ist das Land der falschen Prophezeiungen. Der Bundesarbeitsminister hat erklärt, in diesem Jahre würde die Arbeitslosigkeit gering bleiben, und der Bundeswirtschaftsminister hat erklärt, die Kohlenkrise würde einige Tage dauern. Beide sind zu diesen Erklärungen gekommen aus Mangel am Begreifen der tatsächlichen Verhältnisse, aus Mangel am Vorausschauen. Was aber verlangt denn ein Volk, unbeschadet der parteipolitischen Probleme, von der Regierung? Daß die Regierung etwas schneller merkt als die Regierten, welche Ereignisse mit größter Wahrscheinlichkeit eintreten werden, und danach ihre Maßnahmen trifft.

Da frage ich: wo bleibt das Arbeitsbeschaffungsprogramm? Das erste Arbeitsbeschaffungsprogramm haben wir erlebt; es war die Zusammenfügung von selbstverständlichen Maßnahmen, wie Wohnungsbau und ähnlichem, und dieses erste Arbeitsbeschaffungsprogramm ist in seiner gesamten volkswirtschaftlichen Auswirkung ja ziemlich ohne bedeutsamen, mindestens bedeutsamen Erfolg zum Guten gewesen.

### **Trotz Konjunktur — zwei Millionen Arbeitslose!**

Die Sozialdemokratie mußte schon das erste Programm erzwingen. Dann hat sie weitergedrückt, und es wurde das zweite Programm angekündigt. Aber dann kam das zweite Programm deswegen nicht, weil die weltwirtschaftliche Entwicklung auf eine Weltrüstungskonjunktur hing und Deutschland als ein Land wichtiger Zubringerindustrien für die einzelnen Waffen- und Rüstungsproduzenten eine Verstärkung seiner Beschäftigungslage hat. Nun frage ich: Was bedeutet es, wenn wir jetzt trotz dieser von der Weltwirtschaft unerwartet gebotenen großen Chance wieder auf die zweite Million Arbeitsloser hinmarschieren? Das ist einfach Versagen im Geistigen; Versagen im Geistigen, wozu eine Regierung einfach nicht das Recht hat, weil es ihre Pflicht ist, nicht zu glauben, daß deswegen, weil

sie regiert, die Massen bereits in der besten aller Welten leben, sondern weil es ihre Pflicht ist, sich in Gegenwart und Zukunft um diese Massen zu kümmern. Was bei Anschwellen der Kriegsrüstungskonjunktur geschieht, ist schon ziemlich klar: Dann kommt die Politik der maximalen Produktion; das ist in zwei Kriegsperioden und in zwei Perioden der Kriegsrüstung die Produktion mit zwangswirtschaftlichen Mitteln gewesen. Und dieselben Leute, die heute die Propheten der „freien“ Wirtschaft sind, würden für den Fall, daß die Kriegsrüstungskonjunktur das entscheidende Moment ist, die Propheten der Zwangswirtschaft sein.

### Hohe Preise — niedrige Löhne!

In dieser Situation haben wir nun die Entwicklung der Preise erlebt. Ich bin der letzte, der ungerecht genug wäre, gewisse Zwangsläufigkeiten zu verkennen und es nur auf die zentrale Unfähigkeit der jeweils Regierenden zu schieben. Aber die Entwicklung der Preise ist doch nur möglich gewesen auf der Grundlage einer Hortungspolitik in der Periode vor der Währungsreform, die nach der Währungsreform die Sachwertbesitzer so stark gemacht hat, daß derjenige, der nichts hatte als die Kaufkraft seines Einkommens oder seiner Bezüge, mit der Preisentwicklung nicht Schritthalten konnte. Und diese Preisentwicklung ist doch in keinem Fall zentral abgebaut worden, sondern selbst in den Fällen, wo die Weltmarktpreise, die besonders auf dem Rohstoffgebiet mächtig angezogen hatten, zurückgeschnellt sind, ist in Deutschland keine Preissenkung erfolgt. Preisenkungen sind nur erfolgt auf den Gebieten, wo Einfuhren vom Auslande her die deutsche Wirtschaft zu gewissen Preisnachlässen gezwungen haben. Und diese Preiswirtschaft hat dazu geführt, daß Zuwendungen an die Industrie fehlgeleitet worden sind. Man hat in Deutschland viele, viele Milliarden bis jetzt nicht in Wirtschaftszweige der Industrie geleitet, die volkswirtschaftlich entscheidend wären und von denen aus eine bessere Beschäftigungslage für die Allgemeinheit hätte erreicht werden können; man hat sie gesteckt in die Wirtschaftszweige, die den momentan größten Gewinn bringen.

Heute steht die Bundesregierung unbehilflich da. Sie ist als Exponent dieser Wirtschaftskreise zur Macht gekommen und ist darum nicht in der Lage, die Höhe der Gewinne, die bei einer Reihe von Waren in Deutschland so groß sind, wie sie die Geschichte des deutschen Kapitalismus in seinen hundert Jahren noch nicht gekannt hat, zu beschneiden, einfach deshalb, weil man dann fürchten muß, die

Klassenpolitische und sozialökonomische Nabelschnur zu trennen, an der die Regierung als Beauftragter des deutschen Kapitalismus hängt.

## **Die Bundesregierung der Reichen!**

In dieser sozialen Situation müssen wir denken, daß die deutsche Demokratie stärker sein könnte gegenüber den Anfechtungen wie auch gegenüber den Verlockungen des Ostens. In einem bedrohten Staatswesen, besonders bei dem neuerstehenden Staatswesen, das bedroht ist, bedeutet das Fundament der sozialen Gerechtigkeit die tiefste menschliche Verlässlichkeitsverankerung.

Unser Vorwurf geht dahin, daß die Bundesregierung auch unter diesen national- und staatspolitischen Gesichtspunkten die Selbstbehauptung der deutschen Demokratie in ihren Anfangsstadien in der deutschen Bundesrepublik nicht gewagt, sondern klassenpolitische Konzessionen an der falschen Stelle gemacht hat. Und dieser klassenpolitische Faktor drückt sich auch da aus, wo objektiv viel mehr als in der inneren Politik eine Gemeinsamkeit hätte möglich sein können, nämlich in der äußeren Politik.

Was wir Sozialdemokraten an der äußeren Politik Deutschlands tadeln und bekämpfen, ist der Tatbestand, daß die Klasseninteressen und der Großbesitz poussiert werden auf Kosten der selbstverständlichen nationalen Eigenbehauptung. Man kann doch der deutschen Jugend nur dann Zutrauen zu einer Zukunft des Völkerfriedens und der internationalen Zusammenarbeit geben, wenn diese deutsche Jugend sieht, daß Demokratie Gleichwertigkeit des eigenen deutschen Volkes gegenüber anderen Völkern ist. Hier ist es sehr leichtfertig verspielt worden.

## **Die Bundesregierung verletzt das Bonner Grundgesetz**

Der Tragödie erster Teil begann mit dem sogenannten Petersberger Abkommen. Ein Abkommen, das unterschrieben worden ist, trotzdem der Bundestag es nicht ratifiziert hat. Ein Abkommen also, das unter Verletzung der Verfassung zustande gekommen ist und dessen Wichtigkeit wir hier entscheidend und nachdrücklich bestätigen können. Dieses Petersberger Abkommen enthält neben vielem pro und contra in der einen oder anderen Frage auch zwei Momente, nämlich eine deutsche Zustimmung zum Ruhrstatut und der Ruhrbehörde und

letzten Endes auch zur Behandlung der Saar. Und wenn wir heute die große Kohlennot haben, und wenn aus dieser Kohlennot auch eine Schwächung, ein Absinken der industriellen Erzeugung herauskommt, dann ist es die letzte Unmoral, wenn es Vertreter bürgerlicher Parteien gibt, die im Bundestag erklären, ja, der durch die Ruhrbehörde verordnete Kohlenexport ist daran schuld. Sie haben ja durch die Zustimmung zur Regierungspolitik, und zwar die CDU, die FDP, die Deutsche Partei, die Deutsche Rechtspartei und die Bayernpartei, sie haben ja mit der Zustimmung zum Petersberger Abkommen dem Ruhrstatut und der Ruhrbehörde auch zugestimmt zu der von der Ruhrbehörde verordneten Kohlenausfuhr. Ich möchte hier gerade die Frauen fragen: Seid ihr nicht auch der Meinung, daß es falsch ist, die Ereignisse der großen Politik lächelnd zu ignorieren oder nur oberflächlich zur Kenntnis zu nehmen? Die große Politik entscheidet auch über das Wirtschaftsgeld im kleinsten Portemonnaie.

### **Die Kohlennot — Schuld der Bundesregierung!**

Diese Entwicklung etwa des deutschen Kohlenexports und der deutschen Kohlenwirtschaft, dieses katastrophale Versagen ist doch ein politisches Versagen des Bundeskabinetts in den Tagen der Unterschrift des Petersberger Abkommens. Nun haben wir erlebt, daß der Bundeswirtschaftsminister in einer allerdings vorausschauenden Erkenntnis, der ich meine aufrichtige Bewunderung nicht versage, herausbekommen hat, daß die Kohlenkrise im Frühjahr behoben sei. Man soll sich darüber freuen, wenn Denkkraft und Phantasie der Regierung tatsächlich den Ereignissen vorauseilen. Ich muß noch daran erinnern, daß derselbe Bundeswirtschaftsminister nach der Währungsreform erklärt hat, er erkenne nur einen Bezugsschein an, und das sei das Geld. Ich möchte fragen, warum denn dieser Bundeswirtschaftsminister den breiten Massen des Volkes nicht diesen Bezugsschein geliefert hat, damit sie schon im vorigen Sommer diese Kohlen hätten einkaufen können.

### **Das Volk braucht nationales Selbstbewußtsein!**

Ich möchte weiter sagen: Diese Hoffnung, daß man kampflos in eine Situation kommen könne, bei der man nolens volens von irgendwelchen auswärtigen Mächten gehenkt werden könnte, ist doch keine Hoffnung, mit der ein Volk sein

gleiches Recht und seine Selbstbehauptung erkämpfen kann. Ich bin der Meinung, daß man eine Politik der Selbständigkeit machen soll, frei von jedem nationalistischen Exzeß. Aber ich bin der Meinung, daß das deutsche Volk jetzt endlich und besser und mehr als bisher ein selbstverständliches, ruhiges, ausgeglichenes, aber unerschütterliches nationales Selbstbewußtsein braucht, seinetwegen, aber auch der Völker Europas wegen.

## **Das Saarvolk ist deutsch!**

**Der Tragödie zweiter Akt begann bei der Saarfrage. Das Saargebiet ist ein Stück von Deutschland. Das Saarvolk ist ein Stück des deutschen Volkes, und kein Friedensvertrag und keine internationale Abmachung hat sie aus Deutschland herausgelöst. Das unveräußerliche Recht aller Demokratien, das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung an der Saar hat noch nicht sprechen können.**

Aber dieser Vorgang der Herauslösung des Saargebiets hat schon durch das Petersberger Abkommen und durch das Schweigen verschiedener Parteien vor dem Wahlkampf 1949, wo man uns Sozialdemokraten allein reden ließ und auch allein von der internationalen Presse beschimpfen ließ, dieser Prozeß hat schon damals begonnen. Man stelle sich, bitte, eines vor: Es ist nicht entscheidend, ob ein Land groß oder klein ist, es ist nicht entscheidend, ob es an der Saar 900 000 oder 9 Millionen sind; es ist entscheidend für das Verhältnis zum Westen, daß die demokratische Zusammenarbeit auf internationaler Basis doch nicht möglich ist, wenn aus dem Sieger-Besiegten-Verhältnis gegen den Willen der Völker einseitige machtpolitische Regulierungen ohne Rechtsgrundlage vorgenommen werden. Wenn wir das nämlich im Westen durch Schweigen tolerieren, dann verlieren wir doch den juristischen, moralischen und zum Teil auch den politischen Boden in unserem Friedenskampf um die Rückgewinnung der Gebiete östlich der Oder- und Neiße-Linie.

## **Das Versagen der Bundesregierung in der Saarfrage.**

Nie und nimmer kann im Westen das richtig sein, was wir im Osten als falsch bekämpfen. Und da haben wir vergeblich die Bundesregierung zu einer eindeutigen Stellungnahme mit uns aufgefordert. Es ist genau so gewesen wie beim

**Petersberger Abkommen.** Wenn ein ganzes Volk einschließlich seiner sämtlichen im internationalen Sinne friedens- und freiheitsverläßlichen Elemente den Alliierten erklärt, so geht es nicht, dann sind auch die Alliierten — und mögen sie alle ökonomische und militärische Macht der Welt in der Hand haben — gezwungen, sich mit dieser Erklärung wenigstens von neuem noch einmal auseinanderzusetzen und nach einem neuen Modus zu suchen.

Vergeblich habe ich im Auftrag meiner Fraktion und meiner Partei immer versucht, der Bundesregierung klarzumachen: Meine Herren, die Chance, die ihr jetzt habt, hat in der Weimarer Republik kein Hermann Müller und kein Gustav Stresemann gehabt, ihr könnt jetzt sagen: Seht jetzt einmal, die Sozialdemokratie, die internationale Sozialdemokratie hält eure Zumutung für national unerträglich. Um wieviel mal mehr müssen es erst die bürgerlichen Parteien mehr tun, die doch im Sinne des Traditionsnationalismus erzogen worden sind. Und was hat die Bundesregierung gemacht? Sie hat sich mitten in diesem Kampf herumgedreht und hat gesagt: „Seht die nationalistischen Sozialdemokraten! — Seht ihr, selbst die Sozialdemokraten sind jetzt Nationalisten!“, aber sie selbst hat dabei bei niemand in der Welt Vertrauen gewonnen.

### **Die Großverdiener — „gute“ Europäer!**

Aus dieser verhängnisvollen Entwicklung ist die Linie Petersberg—Saar gekommen, und von der Saar hat sie zum Europäischen Rat geführt. Das war eine Grotteske im Parlament. Alle Leute, die im Kaiserreich Geld verdient haben, die in der Weimarer Republik Geld verdient haben, die im „Dritten Reich“ Geld verdient haben und die in allen drei Perioden immer die nationalistische Bewegung finanziert haben und ohne diesen Nazismus nie ans Ruder gekommen wären, das waren auf einmal die guten Europäer und Internationalisten. Und wir Sozialdemokraten, die wir 80 Jahre verfolgt worden sind als Landesverräter und „vaterlandslose Gesellen“, wir waren die Nationalisten. Aber in Wirklichkeit sind wir dieselben geblieben, nicht nur im Kern und Wesen, sondern auch im politischen Ausdruck. „International“ heißt nicht, besser und mehr sein wollen, aber „international“ heißt auch nicht, schlechter und weniger sein.

### **Europäische Zusammenarbeit gleichberechtigter Nationen.**

International ist nur möglich auf der Grundlage der nationalen Weltordnung, und gerade, wenn wir ein starkes Europa wollen, dann müssen wir doch diese

Gleichwertigkeit der Nationen erstreben. Ich bin der letzte, der mit Wunderformeln operieren möchte, ich bin der letzte, der nicht genau weiß — aus vielem bösen Erleben —, daß der Kampf um politischen Fortschritt ein Kampf um jeden Zentimeter Boden ist. Aber ich habe auch gelernt, daß der Fortschritt nicht möglich ist, wenn man geduckt stehen bleibt.

Darum war ja schon die Saarfrage auch für das Prinzip der europäischen Zusammenarbeit von so entscheidender Bedeutung. Das war ja die Probe auf das Exempel: Gibt es eine europäische Zusammenarbeit? Oder gibt es die Herrschaft eines europäischen Siegevölkeres — über ein besiegtes Europa.

Um diese politisch-moralische Grundlagen muß man kämpfen, und Beleidigung und Zerstörung darf man nicht durch Passivität und opportunistische Schlaueit tolerieren. Denn: in großen Dingen mit den Mitteln der kleinen Schlaueit Erfolge haben wollen, heißt die Weltgeschichte zu überlisten versuchen. In großen Dingen darf man nicht schlaueit und opportunistisch sein. In großen Dingen muß man den Mut zur Klugheit haben, auch wenn die Klugheit unpopulär ist.

So ist die Bundesregierung hineinmarschiert in die Situation des Europäischen Rats. Wir Sozialdemokraten sind ja schließlich die einzige Partei, die schon vor 1933 in ihrem Parteiprogramm das Bekenntnis zu den Vereinigten Staaten Europas hatte. Aber die Vereinigten Staaten von Europa — das ist das vertrauensvolle, freiheitsvolle Zusammenleben der Völker und nicht die Herrschaft der internationalen Stahlindustrie über die Völker.

Ich will nicht in der schmerzlichen Geschichte der internationalen europäischen Stahlkartelle zwischen den beiden Weltkriegen herumstochern, aber ich will das eine sagen: die Kartellbrüder haben einander bei veränderten kriegerischen Machtverhältnissen ganz niedlich auszuplündern verstanden.

Das ist nicht die Grundlage, auf der Völker zueinander Zuneigung und Vertrauen bekommen können, und die Bundesregierung mußte wissen, daß es unmöglich ist, einen starken europäischen Rat in Straßburg zu schaffen, wenn die Deutschen in die beratende Versammlung, die viel redet, aber nichts zu sagen hat, hinein sollen, und nicht hinein dürfen in den Ministerrat, der wenig redet, aber alles zu sagen hat.

Wir mußten die totale Lösung in dieser Frage anstreben, um davon die Ehrlichkeit der anderen zur europäischen Idee und Praxis abhängig zu machen.

## **Das Versagen der Bundesregierung in Straßburg!**

Wir durften niemals hineingehen zusammen mit dem Saargebiet! Denn wir können noch so viel papierene Proteste machen; wenn das Saargebiet mit uns zusammen in der beratenden Versammlung in Straßburg sitzt, hat doch das Saargebiet mit unserer Duldung den Charakter einer eigenen völkerrechtlichen Persönlichkeit außerhalb des deutschen Landes. Natürlich hat die Mehrheit des Parlaments, weil die Regierung auf diesen Tip gesetzt hat, uns majorisiert. Sie ist nach Straßburg gegangen, sie hat Deutschland zum Mitglied der beratenden Versammlung gemacht.

Man erinnere sich an die beiden Sitzungen des Europäischen Rats in Straßburg im August und im November. Im August Mister Churchills Husarenritt für die europäische Armee! Ebensogut kann man die Luft mit einem Fächer bewegen, denn Artikel 1 des Statuts des Straßburger Rats sagt, daß der Straßburger Rat keine Kompetenz zur Regelung dieser Frage hat. Ach, im November waren die konservativ-illegalen Husaren der „Europäischen Armee“ bereits wieder alle abgessen.

Ach, im November hat kein Mensch mehr von der europäischen Armee gesprochen. Als die Frage des deutschen Beitrages kam, da war Deutschland bereits Mitglied des „Comité general“, wo diese Frage ventiliert worden ist. Da war es der junge Sozialdemokrat Dr. Mommer, Stuttgart, gewesen, der den Antrag auf die deutsche Gleichberechtigung brachte, und dieser Antrag bekam eine Stimme: seine Stimme. Der CDU-Vertreter und der FDP-Vertreter haben sich der Stimme enthalten. Ich glaube nicht, daß man so Außenpolitik machen kann.

## **Die SPD und der Schuman-Plan.**

So ist denn der Tragödie vierter Teil entstanden, der Kampf um den Schuman-Plan. Als der Schuman-Plan im Mai verkündet worden ist, da war am Tag darauf in Bonn eine große internationale Pressekonferenz, und dort wurde ich von amerikanischen Journalisten gefragt: Dr. Schumacher, wie denken Sie über den Schuman-Plan? Ich sagte: Der Schuman-Plan ist ein herrlicher, glänzender Rahmen, aber ich persönlich kaufe Bilder nach dem Gemälde und nicht nach dem Rahmén. Wir Sozialdemokraten, sagte ich damals, werden hier prüfen: Von wo kommt die Leinwand? Von welcher Art und Güte ist sie? Von welcher Qualität sind die Farben? Wer mischt die Farben? Wer sind

dann die Künstler, die mit kühnem Schwung das Gemälde auf die Leinwand streichen? Das alles werden wir ernst und mit letzter politischer und wissenschaftlicher Genauigkeit prüfen, ohne Voreingenommenheit. Aber eines sage ich schon heute: Die deutschen Arbeiter werden nicht die Pinsel sein, mit denen das Gemälde gemacht wird.

Die sechs Länder, die sich dort zusammengefunden haben, die Bundesrepublik, Frankreich, die drei Länder Benelux — also Belgien, die Niederlande und Luxemburg — und Italien, das sind sechs Länder, die sind konservativ, klerikal, kapitalistisch und kartellistisch und sind sechs Länder mit niederem Reallohn und hoher Arbeitslosigkeit. Aber die Länder des europäischen Nordens und Nordwestens, Skandinavien und Großbritannien, sind Länder mit geringer Arbeitslosigkeit und den hohen Reallöhnen.

Wir können die deutschen Arbeiter, mögen sie geistig oder körperlich arbeiten, nicht in eine Situation der Lohndrücker gegenüber dem Ausland führen, sonst zahlen die Deutschen drauf, und zwar das ganze deutsche Volk.

Wenn ich den letzten Entwurf des Schuman-Plans, über den jetzt verhandelt wird, betrachte, dann möchte ich feststellen, daß da in dem französischen Entwurf Dinge enthalten sind, über die niemals verhandelt worden ist.

## Der Schuman-Plan und das Ruhrgebiet.

Ich möchte aber weiter feststellen, daß die wichtigsten Artikel, nämlich 60, 61 bis 69, die Artikel, die über Kartelle, internationale Kartelle, über Preise und über Handelsbeziehungen sprechen, materiell noch nicht ausgefüllt sind. Ohne jetzt die schwerwiegenden Gründe einzelner Lieferfirmen gegen den Schuman-Plan zu nennen, möchte ich sagen: wir haben eine Ausgleichskasse, mit der wir die Stilllegung der belgischen Werke zahlen sollen, wir haben eine Ausgleichskasse, womit wir die künftig eintretenden Stilllegungskonsequenzen in Frankreich zahlen sollen, wenn dort die arbeitenden Menschen in anderen Industrien untergebracht werden sollen. Was wir für Stahl nach auswärts zu zahlen haben, kann ich im Augenblick nicht sagen, das weiß wohl niemand. Entscheidend aber ist, daß in diesem Schuman-Plan die Verbundwirtschaft an der Ruhr zerstört wird; das heißt die Zusammenarbeit von Kohle und Stahl wird auseinandergeschnitten. An der Ruhr aber ist diese Verbundwirtschaft die einzige Quelle der Rentabilität.

## **Arbeitslosigkeit durch den Schuman-Plan!**

Zerstört werden soll auch der gemeinsame Kohlenverkauf. In weitem Sinn handelt es sich hier um ein Beseitigen von eigentümlichen Vorzügen der deutschen Wirtschaft, die die französische Wirtschaft nicht hat. In Deutschland liegt der Stahl auf der Kohle, in Frankreich nicht, also Zerschneidung der Verbundwirtschaft! In Frankreich ist eine kleinere und schlechtere Kohlenwirtschaft, hat die Kohle einen gemeinsamen Verkauf. Die riesige Kraft der deutschen Ruhrkohle soll aber zerstückelt und atomisiert werden. Die Zechen sollen miteinander konkurrieren. Darum kein gemeinsamer Verkauf und verschiedenartige Preise für die einzelnen Zechen. Ich nehme ein Beispiel: In dem Gelsenkirchener Revier liegt die Kohle ziemlich offen und hat eine prima Qualität; im benachbarten Bochum liegt die Kohle tief und ist nur kostspielig und technisch schwierig zu erreichen. Wenn wir keinen gemeinsamen Kohlenverkauf haben, ist zum Beispiel Bochum gezwungen, Feierschichten zu haben und bekommt eine riesige Arbeitslosigkeit, während man im benachbarten Gelsenkirchen Überschichten fährt.

## **Das Nein der SPD zum Schuman-Plan!**

Nein, nein! Da machen wir nicht mit! Ich will ein letztes Urteil über den Schuman-Plan erst dann vornehmen, wenn auch die letzte Formulierung vorliegt. Aber diese Sorge für europäische Hurrastimmung, bei der ein Teil der westeuropäischen Schwerindustrie das Kommando über die deutsche Schwerindustrie und über die deutschen Proleten bekommen wird, dies akzeptieren wir nicht.

Es ist von besonderer Bedeutung, daß die Franzosen den Versuch gemacht haben, ihre Zustimmung für einen deutschen militärischen Beitrag davon abhängig zu machen, daß der Schuman-Plan vorher angenommen wird. Ich glaube, in dieser Meinung steckt sehr viel freundlicher Irrtum.

## **Das Volk muß unterrichtet werden!**

Jede Regierung hat die Verpflichtung, rechtzeitig und genau und wahrheitsgemäß das Volk zu unterrichten zum Zweck seiner eigenen politischen Willensbildung über die entscheidenden politischen Schritte, die sie beabsichtigt, und wir machen der Bundesregierung den Vorwurf, daß sie das in allen Punkten nicht getan hat. Man hat doch behauptet, keine Angebote einer deutschen

**Bereitwilligkeit für einen militärischen Beitrag abgegeben zu haben, als schon längst nicht nur zahlreiche Interviews für ausländische Zeitungen, die eindeutig das bewahrheiteten, vorlagen, sondern daß die Deutschen auch in ihrem amtlichen Memorandum vom 29. August diese Bereitwilligkeit den Alliierten erklärt haben.**

Ich bin folgender Meinung: Das deutsche Volk verlangt von niemandem etwas, was es nicht selbst zu leisten gewillt ist. Aber das deutsche Volk ist dagegen, daß von ihm etwas verlangt wird, was die anderen nicht oder nicht in dem Umfange leisten wollen.

### **Gleiches Opfer, gleiches Risiko, gleiche Chancen!**

Eine deutsche Bereitwilligkeit für einen militärischen Beitrag zur Freiheit ist nur möglich unter der exakten und tatsächlichen Erfüllung der Formel: Gleiches Opfer, gleiches Risiko und gleiche Chancen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber eines sagen: Die großen Ideen der deutschen Einheit sind von den westlichen Alliierten vernachlässigt worden und viel zu lange als verlogene Propagandaformel dem Osten überlassen worden. Ich bedauere sehr, daß die andere große Idee, die unser Volk bewegt, die Idee des Friedens, ebenfalls dem Osten zur verlogenen Monopolpropaganda überlassen worden ist.

Es ist nicht so, daß derjenige den Frieden am heißesten und ernstesten will, der am häufigsten das Wort gebraucht, und die Friedenskämpfer hier in Westdeutschland — ich meine die einer gewissen Couleur — möchte ich einmal ermuntern, dieselben Worte und dieselben Zicken in der Sowjetzone für den Frieden zu sprechen.

Man schädigt den Frieden, wenn man ihn zum Mittel der Kriegspropaganda, psychologisch nur für die Kriegsvorbereitung des Ostens, macht.

### **Für die Erhaltung des Friedens kämpfen!**

Wenn wir jetzt mit allem Ernst und Nachdruck einmal kurz die militärischen Voraussetzungen betrachten, dann sollen wir sie niemals betrachten als ein Mittel der Kriegsvorbereitung; sondern dann sollen wir sie betrachten als ein Mittel der Friedenserhaltung.

Vom Osten wie vom Westen her ist die Diskussion im Ausland wie in Deutschland über den deutschen militärischen Beitrag eines der psychologischen Lockmittel, die einfach unecht und unrichtig sind. Das, was vom Osten kommt und was an Gefahren droht, kann ja nicht mit einem militärischen Beitrag von heute aus der Welt geschafft werden. Wenn die Deutschen sich entschließen, einen militärischen Beitrag zu leisten, dann brauchen sie einige Monate der Vorbereitung bis zum ersten Anlauf, dann brauchen sie mindestens anderthalb Jahre, wenn nicht mehr, zusätzlich bis zur ersten größeren Formation. Dann brauchen sie wahrscheinlich drei Jahre oder noch mehr zu einer Potenz, die eine kriegerische Bedeutung haben könnte. Das heißt mit anderen Worten: alles, was jetzt für die momentane Bereitwilligkeit für eine deutsche militärische Leistung ins Feld geführt wird, ist Unsinn. Man kann damit keine einzige Gefahr von heute abwehren. Man könnte bestenfalls Gefahren abwehren, die in drei Jahren oder später eintreten könnten. Mit anderen Worten: Das ganze Geschwätz vom Zeitdruck und vom brennenden Haus, das gleich gelöscht werden mußte, ist einfach eitel Gefasel.

### **Erste Voraussetzung: Nationalpolitische Gleichberechtigung!**

Wir haben die Dinge etwas ernster zu betrachten, und die ernste Betrachtung bringt doch mehrere Voraussetzungen, nicht Bedingungen, sondern Voraussetzungen. Die erste Voraussetzung ist natürlich die nationalpolitische Gleichberechtigung.

Glaubt man denn, daß es psychologisch möglich ist, auch nur bei einem wertvollen jungen Menschen, oder bei einem einzigen verantwortungsbewußten führenden Militär den Willen zu erzeugen, für einen Staat der Hohen Kommissare ins Feld zu ziehen?

Zum zweiten: Man macht uns alle möglichen Erklärungen, wie herrlich wir gleichberechtigt sind. Man entwickelt aber zur gleichen Zeit Projekte, daß die Deutschen in kleineren Formationen und mit leichterer Bewaffnung als die anderen Soldaten werden sollen. Sie kennen doch diesen Pleven-Plan, über den eine Diskussion überhaupt nicht möglich ist. Hinzu gehört, daß natürlich nicht nur die militärischen Formationen eine Gleichberechtigung erlangen, sondern daß auch die militärische und die politische Verwendung der deutschen Formationen dem deutschen Mitspracherecht genau so unterliegen muß, wie die Verwendung der

alliierten Formationen in der politischen und militärischen Verwendung ebenso von Deutschen mitberaten und mitbestimmt werden muß wie von jeder anderen Nation.

## Deutschland verlangt Tatsachen — und keine Versprechungen!

Das ist alles wichtig. Aber letzten Endes ist es doch nicht der Zentralpunkt. Wenn wir den Amerikanern und Engländern sagen, sie sollen uns ja nicht alleine verteidigen, wir wollen unseren Beitrag auch leisten, dann können wir doch die mehreren Jahre nicht ungeschützt mit offener Flanke daliegen, und jeden Augenblick können die Russen mit ihrer überlegenen militärischen Macht kommen. Das heißt mit anderen Worten: Wir können nur Ja zu einem solchen militärischen Beitrag sagen, wenn die Angelsachsen in der Lage und willens sind, den großen stählernen Schirm darzustellen — und zwar durch Tatsachen, und nicht durch Versprechungen —, hinter dem die Deutschen Maßnahmen vorbereiten können.

Wenn man aber von uns verlangt, mehr oder weniger ungenügend geschützt diese Dinge einzuleiten, dann verlangt man von uns, daß wir unser Vaterland als das Vorfeld für die Verteidigung anderer Vaterländer hergeben sollen; dann heißt das, daß wir unter solchen Voraussetzungen Nein sagen müssen.

Ich will bei der Gleichheit des Opfers gar nicht auf die gleiche Beteiligung in den Waffengattungen zu sprechen kommen. Es ist unmöglich, daß sich einige wirtschaftsstarke Länder, die außerdem noch eine außerordentlich günstige geographische Position haben, die Luftwaffe und die Marinewaffe allein verpassen und entsprechend den Europäern — lies den Deutschen — die verlusttragende Infanterie und die Panzerwaffe — die Erdtruppen — überlassen.

Ich sage, unseren politischen Weg für den Westen haben wir schon gezeigt, als kein Alliiertes da war, um an unserer Seite zu stehen.

Aber unseren militärischen Beitragswillen können und werden wir nur dann zeigen, wenn die Alliierten ihr eigenes nationales militärisches Schicksal mit dem Schicksal unseres Volkes unlöslich verbinden. Tun sie es nicht, dann zeigen sie, daß wir nicht das gleiche Stück freiheitlicher europäischer Erde sind, sondern nur ein Vorfeld. Tun sie es nicht, dann sind wir nur ein Instrument in der Hand der anderen; tun sie es nicht, dann sagen wir Nein. Es liegt bei ihnen, die Tatsachen zu schaffen, bei denen wir Ja und Amen sagen können.

Bisher hat sich weder durch Tatsachen noch auch durch verbindliche Versprechungen ein Weg gezeigt, bei dem wir Ja sagen könnten. Bisher ist die Situation von heute und für eine überblickbare Zukunft die Situation des Nein. Und ich muß der ganzen Welt sagen: Es mag in der Vergangenheit Furchtbares geschehen sein durch den Exzeß des diktatorischen deutschen Nationalismus; was auch immer da war, wir sind bereit, nach Kräften gutzumachen. Aber wir erklären, das deutsche Volk ist ebenso verteidigungswert und verteidigungsunwürdig wie das französische, britische oder amerikanische Volk.

Man hat dem deutschen Volk noch keine Gelegenheit durch Tatsachen gegeben, Ja sagen zu können. Was heute von einer Reihe von deutschen Politikern und Parteien an Bereitschaft deklariert ist, das ist doch Spielerei. Mit welchen Söldnertruppen, in welchem „bescheidenen Umfang“ will man denn zu dem Schrecken der russischen Okkupation die deutsche Erde noch zusätzlich verwüsten?

Nein, ein Opfer wird immer nur gerechtfertigt durch die Aussicht. Und die Aussicht ist nicht da. Die Aussicht zu schaffen, ist die Angelegenheit der westlichen Alliierten, aber nicht immer so dumme Fragen zu stellen: seid ihr für den Osten oder für den Westen?

Wir erkennen an, was die anderen Nationen, zuerst die Engländer und dann überragend die Amerikaner, für die Rettung unseres Volkes geleistet haben. Aber wir möchten doch auch eins sagen: Manches zu leisten wäre nicht nötig gewesen, wenn man uns die Chance gegeben hätte, selber zu arbeiten und zu verdienen.

Das soll die Opfer der angelsächsischen Steuerzahler und den guten Willen dieser Völker nicht herabsetzen; aber wir wollen doch, bitte, bei der Betrachtung dieses realpolitischen Problems mit den Füßen auf der Erde bleiben.

## **Die SPD — Vorkämpferin für die deutsche Einheit in Freiheit!**

In dieser Situation gewinnt nun das Problem der deutschen Einheit eine neue Bedeutung. Um das Problem der deutschen Einheit kämpft die deutsche Sozialdemokratie seit dem Herbst 1945; zuerst bis zum Frühjahr 1946 unter der Decke, nach der von der sowjetischen Militäradministration erzwungenen Parteienvereinigung über der Decke, wo deutsche Sozialdemokraten als die Opfer der Illegalität zu mehr als ein Zehntel in Konzentrationslagern umgekommen sind. Wir sind uns dabei dessen bewußt, daß es eine Pflicht gerade der arbeitenden Menschen ist, die Freiheit mit dem Letzten zu verteidigen. Denn jede Klasse

kann zur Not ohne Freiheit leben, die Arbeiter nicht. Diese schreckliche Lehre hat die Entwicklung der letzten 5 Jahre in der sowjetischen Besatzungszone von neuem gegeben.

Wir haben seit dieser erzwungenen Parteienvereinigung immer wieder erklärt: wir brauchen ein einiges Deutschland auf der Grundlage freier, gleicher, direkter und geheimer Wahlen mit gleicher Bewegungsfreiheit für alle demokratischen Parteien. Es kann nicht sein, daß eine Partei als Staatspartei funktioniert, und am wenigsten als Staatspartei einer fremden Besatzungsmacht. Was wir den Kommunisten vorwerfen, ist doch nicht, daß sie außerhalb von uns stehen, daß sie andere Prinzipien haben; gut, darum muß man mit ihnen kämpfen; was wir den Kommunisten vorwerfen, ist, daß sie weder einer deutsche noch eine internationale Partei sind, sondern eine russische Staatspartei deutscher Zunge.

### **Ost-CDU und Ost-FDP — Helfer der Sowjets!**

Daß die CDU und die FDP jetzt nach fünf Jahren als Ost-CDU und Ost-FDP als Satelliten-Parteien mitmachen, heißt doch, daß sie genau wie die Kommunisten deutsche Staatsbürger russischen Glaubens sind.

Wir haben die Verpflichtung, zu erkennen, daß wir die persönliche und die nationale Freiheit nur durch persönliche und nationale Selbstbehauptung bekommen. Von dieser Situation her haben wir eingegriffen, erst propagandistisch. Das Echo in der Welt war, daß wir unverbesserliche Nationalisten seien. Ich erinnere mich der Situation, wo maßgebende Leute der Besatzung im Februar 1946 mir damals, als ich zusammen mit 63 Berlinern den Aufstand der Spaltung machte — damals waren wir 63, im Februar, im Oktober waren wir 49 Prozent — erklärten: Vergessen Sie nicht, Dr. Schumacher, die Sowjets sind unsere Verbündeten! Ich antwortete: Vergessen Sie nicht, General, die Sowjets sind unsere Feinde.

Diese Linie hat sich für das deutsche Volk erfolgreich erwiesen.

### **Der Einheitsrummel der Sowjets!**

Wie ist die Situation jetzt? Die Kommunisten machen jetzt vor der neuen Viererkonferenz zum vierten Male das gleiche Manöver. Eine solche Kampagne beginnt immer, wenn eine Viermächtekonferenz der Außenminister von Sowjet-Rußland, Großbritannien, Frankreich und USA im Blickfeld ist.

Zu dem ersten Schritt dieser Art hat man damals Grotewohl vorgeschickt, und dann hieß es auf der Parteivorstandssitzung der SEP: wir können den Grotewohl

nicht vorschicken, sonst kriegt der Schumacher den Rotkoller, wir müssen zwei bürgerliche Parteien vorschicken! Und da hat man die Ost-FDP und die Ost-CDU vorgeschickt, und damals nannte man denselben Schwindel „nationale Repräsentation“. Man redete von der nationalen Repräsentation der Deutschen; man hätte reden sollen von der nationalen Repräsentation der Sowjetrussen.

Das ist schiefgegangen; natürlich. Wir sind beschimpft worden, ich besonders ausgiebig in der Sowjetpresse als ein Nationalist und starrer Trotzkopf. Als das schiefging, war die Moskauer Außenministerkonferenz der Vier, die erste Außenministerkonferenz, beendet. Im Herbst kam die zweite, es war die Londoner Außenministerkonferenz von 1947, und deswegen ging im Oktober/November dieselbe Geschichte mit denselben Gründen wieder los. Bloß nannte man es damals nicht „nationale Repräsentation“, sondern „nationaler Konsultativrat“. Nun, die Sozialdemokraten haben sich wieder sperrig gestellt, die Sache ging kaputt. Es kam die dritte Außenministerkonferenz in Paris im Mai 1949. Da ging dasselbe los, damals hieß das Kind „Deutscher Staatsrat“. Wir haben es wieder kaputtgemacht.

Jetzt ist das vierte Manöver dieser Art. Und warum? Einfach, damit die Sowjetrussen bei der kommenden Viererkonferenz die einzige Besatzungsmacht sind, die von sich sagen können, sie hätte das ganze deutsche Volk angesprochen und hätte das ganze deutsche Volk hinter sich. Es geht ihnen aber gar nicht um die deutsche Einheit. Wenn es darum ginge, wäre es ja auch keine „deutsche“ Einheit, weil es keine deutsche Einheit gibt, sondern nur die Einheit einer russischen Provinz mit deutschen Bewohnern. Denn die Sowjets wollen die deutsche Einheit nur, wenn es eine totale russische Einheit ist. Sie sind aber die stärksten Gegner der deutschen Einheit, wenn es demokratische Einheit sein soll. Und eine Einheit, die unserem Volk gegenüber den Russen und auch gegenüber den westlichen Alliierten das nötige Selbstbewußtsein und die nötige Selbstbehauptung gibt, kann nur die Einheit auf der demokratischen Grundlage der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichheit sein.

Während nun hier manche Journale und manche Politiker philosophierten, ob man nicht doch eine nette Antwort geben sollte — vielleicht könnte man sich an einen Tisch setzen —, da haben die Kommunisten bereits Kommentare gegeben.

Der erste Kommentar war das sogenannte Friedensschutzgesetz: Todesstrafe und lebenslängliches Zuchthaus in der Sowjetzone für denjenigen, der mit dem Westen konspiriert. Das war der erste Akt für die deutsche Einheit.

Der zweite Akt war: Während das große Ergebnis verbreitet wurde, wenn auch etwas zögernd mit der Formulierung „freie Wahlen“, ist bei dieser Frage das Wörtchen „frei“ in Rundfunk, Presse und Flugblatt in der Sowjetzone nicht verwendet worden; da ist nur von „Wahlen“ und nicht von „freien Wahlen“ geredet worden.

Der Punkt 3 ist der offizielle Kommentar von „Deutschlands Stimme“, dem Propagandaorgan der SEP, für ihren angeblichen Kampf um die deutsche Einheit. Da heißt es: Freie Wahlen sind bis auf weiteres gar nicht möglich, denn ehe ein solches Wahlgesetz gemacht worden ist und ehe sich die verschiedenen Parteien geeinigt haben, da vergehen viele Monate; man denke doch an das Bonner Grundgesetz! — Ich möchte dazu nur feststellen: in Bonn hat man an dem Wahlgesetz nur zwei Tage gearbeitet. Aber die brauchen viele Monate. Das heißt sie wollen ja nicht die freien Wahlen, denn deren Resultat wäre ja möglicherweise nicht mehr korrigierbar.

### **Der Standpunkt der SPD zur deutschen Einheit.**

Darum muß jede Einigung beginnen mit Punkt 1: Freie Wahlen und gleiche Wahlen mit gleicher Bewegungsmöglichkeit für alle politischen Faktoren, sonst ist nicht nur die Freiheit, sondern auch die Einheit und das Deutschsein verspielt. Aber in „Deutschlands Stimme“ steht: „Drei Punkte vor den freien Wahlen“. — Und der erste Punkt heißt gleich: „Beratung der Remilitarisierung in Westdeutschland“. Mit anderen Worten, die Sowjetzonenregierung — lies Rußland! — will beraten über die Remilitarisierung in Westdeutschland, offenbar, weil sie uns und die anderen Staaten auch dazugeholt haben, als sie ihre Volkspolizei gemacht haben.

### **Deutsche Einheit — nur in Freiheit!**

Man hat selten etwas Talentloseres an Bauernfängerei gesehen. Ich muß aber ebenso sagen: Ich habe auch selten etwas Talentloseres gesehen als eine Reihe deutscher Politiker, die mit diesen Torheiten, mit diesem viermal den Deutschen vorexerzierten taktischen System des Weltkommunismus alle möglichen Illusionen verknüpft haben.

Wir erheben die Forderung nach der deutschen Einheit, nach freien Wahlen. Wir haben sie fünf Jahre lang erhoben, und noch niemand in der sowjetischen

Welt hat geantwortet. Wir haben erlebt, daß die Amerikaner im April des letzten Jahres die gleiche Forderung erhoben haben: der Kreml hat bis heute nicht geantwortet. Wir haben erlebt, daß die Bundesregierung im Frühjahr des gleichen Jahres — von uns assistiert — diese Forderung erhoben hat; keine Antwort! Wir haben erlebt, daß **nach dem 20. Juli 1950 auf Anregung der Sozialdemokratie** gegenüber den Diktaturwahlen vom 15. Oktober 1950 die gleiche Forderung erhoben worden ist. Wir haben erlebt, daß diese Forderung den drei weltalliierten Hochkommissaren übermittelt wurde. Wir haben erlebt, daß die drei westalliierten Hochkommissare die Forderung **nach freien, direkten und geheimen Wahlen** in ganz Deutschland unter gleichen Voraussetzungen wie in Westdeutschland an den General Tschujkow gegeben haben, am 8. Oktober 1950.

**Am 8. Oktober! Der wievielte ist heute?** Wir haben bis heute noch keine Antwort. **Die deutsche Einheit ist nur deutsch und nur Einheit**, wenn sie **Einheit in Freiheit** ist.

# Nur 12 Zigaretten

oder 1,20 DM kostet  
ein Monatsabonnement  
der Wochenzeitung

## Neuer Vorwärts

An Neuer Vorwärts-Verlag, Hannover, Odeonstraße 15/16

Ich bestelle daher ab \_\_\_\_\_ 1951 ein Postabonnement des  
„Neuen Vorwärts“

\_\_\_\_\_

Name

\_\_\_\_\_

Vorname

\_\_\_\_\_

Ort

\_\_\_\_\_

Straße

\_\_\_\_\_

Kreis

\_\_\_\_\_

Unterschrift